

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
§ 1 Einleitung	1
I. Problemaufriss	1
II. Bedeutung der Fragestellung	6
III. Gang der Untersuchung	14
§ 2 Historischer Abriss der Entwicklung des Prinzips der Rechtsmittelzulassung in Deutschland	17
§ 3 Revision und Revisionszulassung	29
I. Die Revision als zulassungsbedürftiges Rechtsmittel	31
1. Das Zulassungserfordernis als Instrument der Entlastung des Bundesverwaltungsgerichts	31
2. Die Zulassungsgründe des § 132 Abs. 2 VwGO	34
a) Gemeinsame Strukturmerkmale und ihre Bedeutung für die Zulassungsfrage	36
b) Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache, § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	40
aa) Zulassungsrelevanz der Rechtssache	41
(1) Abstrakte Rechtsfrage aus dem Bereich des revisiblen Rechts	42
(2) Grundsätzliche Bedeutung der Rechtsfrage	43
(3) Abstrakter höchstrichterlicher Klärungsbedarf der Rechtsfrage	45
bb) Zulassungsfähigkeit der Rechtssache	47
(1) Entscheidungsrelevanz der Rechtsfrage im Berufungsverfahren	47
(2) Klärfähigkeit der Rechtsfrage im künftigen Revisionsverfahren	48
c) Abweichung von einer Entscheidung eines höheren Gerichts (Divergenz), § 132 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	49
aa) Zulassungsrelevanz der Rechtssache	52
(1) Aufstellung eines abstrakten Rechtssatzes durch das Vordergericht	52

(2) Abweichung von einem abstrakten Rechtssatz in einer Entscheidung eines Divergenzgerichts	53
bb) Zulassungsfähigkeit der Rechtssache: Beruhen des Urteils auf dem abweichenden abstrakten Rechtssatz . .	56
d) Entscheidungserheblicher Verfahrensfehler, § 132 Abs. 2	
Nr. 3 VwGO	57
aa) Zulassungsrelevanz der Rechtssache	58
(1) Geltendmachung eines Verfahrensfehlers im Berufungsverfahren	58
(2) Tatsächliches Vorliegen des Verfahrensfehlers	61
bb) Zulassungsfähigkeit der Rechtssache	62
(1) Beruhen des Urteils auf dem Verfahrensfehler	62
(2) Rügbarkeit des Verfahrensmangels	64
II. Die Nichtzulassungsbeschwerde nach § 133 VwGO	
als Zulassungsrechtsbehelf	66
1. Stellung und Funktion der Nichtzulassungsbeschwerde im Zulassungssystem	66
2. Das Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde	68
III. Die Entscheidung über die Revision	71
1. Die unzulässige Revision, § 144 Abs. 1 VwGO	72
2. Die unbegründete Revision, § 144 Abs. 2 VwGO	72
3. Die begründete Revision, § 144 Abs. 3 VwGO	73
a) Eigene Sachentscheidung, § 144 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 VwGO	74
b) Zurückverweisung an die Vorinstanz, § 144 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 VwGO	75
4. Die Bestätigung des Berufungsurteils als im Ergebnis aus anderen Gründen richtig, § 144 Abs. 4 VwGO	76
 § 4 Die Berücksichtigung der Erfolgsaussichten der Revision	
im Rahmen ihrer Zulassung	81
I. Die Rechstsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	85
1. Ältere Entscheidungen: Vorwegnahme der Rechtmäßigkeitsskontrolle im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren	85
2. Neuere Entscheidungen: Vorwegnahme der Reformationsprüfung im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren analog § 144 Abs. 4 VwGO	87
II. Überblick über das Meinungsbild im Schrifttum	91
1. Ablehnende Stellungnahmen	91
2. Befürwortende Stellungnahmen	93
III. Rechtspraktische Auswirkungen einer Erfolgsprognose im Zulassungsverfahren	96
1. Vorteilhafte Gesichtspunkte	96
a) Prozessökonomische Verfahrensbeschleunigung und Entlastung	96

b) Verhinderung unbegründeter Hoffnungen auf den Revisionserfolg	100
c) Schutz des potentiellen Rechtsmittelgegners	103
2. Nachteilhafte Gesichtspunkte	106
a) Mehraufwand im Beschwerdeverfahren	106
b) Zweifelhafte Tauglichkeit des Offensichtlichkeitskriteriums als Maßstab des Rechtsmittelzugangs	110
3. Zwischenfazit	115
IV. Die analoge Anwendung des § 144 Abs. 4 VwGO im Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde nach § 133 VwGO	117
1. Rechtsmethodische Grundlagen der Analogiebildung	121
2. Systemwidrige Regelungsdefizite des Revisionszulassungsrechts in Anbetracht der Erfolgsaussichten der Revision?	126
a) Regelungsabsichten des historischen Gesetzgebers bei Einführung der Nichtzulassungsbeschwerde	128
aa) Verwaltungsprozess	128
bb) Andere Verfahrensordnungen	131
cc) Insbesondere: Zivilprozess	134
dd) Zusammenfassung und Zwischenfazit	135
ee) Auswirkungen auf den weiteren Gang der Untersuchung	136
b) Fehlende Erfolgsaussichten als materielles Ausschlusskriterium der Revisionszulassung?	137
aa) Zulassungsrelevanz der Rechtssache und Erfolgsaussichten der Revision	137
bb) Zulassungsfähigkeit der Rechtssache und Erfolgsaussichten der Revision	142
(1) Klärungsfähigkeit der Grundsatzfrage im Rahmen der Revisionsentscheidung, § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	143
(a) Klärungsfähigkeit als Wesenselement der Grundsatzrevision	143
(b) Ausschluss der Klärungsfähigkeit	145
(c) Prognostische Elemente der Grundsatzbedeutung	151
(d) Klärungsfähigkeit und kassatorische Entscheidungskomponente	155
(e) Klärungsfähigkeit und reformatorische Entscheidungskomponente	163
(f) Zwischenfazit	169
(2) Entscheidungserheblichkeit von Abweichungen und Verfahrensmängeln für die Berufungsentscheidung, § 132 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3 VwGO	170
(a) Beruhen auf Divergenz	170
(b) Beruhen auf vorliegendem Verfahrensmangel .	173
(c) Reformationsaussichten als systemnotwendiges Korrelat zur retrospektiven Entscheidungserheblichkeit?	179
(d) Zwischenfazit	188

(3) Revisionszulassung und Mehrfachbegründungen	188
(a) Zulassungssituation bei kumulativ mehrfach begründeten Urteilen	188
(b) Zulassungssituation bei ergebnisrichtigen Urteilen	189
(c) § 144 Abs. 4 VwGO analog als »Fiktion« kumulativer Mehrfachbegründungen?	191
(d) Zwischenfazit	198
(4) Revisionszulassung und Zulassungsermessens	199
(a) Revisionszulassung als grundsätzlich gebundene Entscheidung	199
(b) Durchführung der Rechtmäßigkeitskontrolle im Revisionsverfahren nach Ermessen des Revisionsgerichts	202
(c) Verzicht auf Zulassungsprüfung bei erkannter Ergebnisrichtigkeit?	203
cc) Zusammenfassung und Zwischenfazit	207
c) Verfahrensfragen einer Ergebnisrichtigkeitskontrolle im Rahmen der Entscheidung über die Zulassung der Revision .	209
aa) Die Entscheidung des iudex a quo über die Zulassung der Revision	211
(1) Die Zulassungentscheidung im Urteil	211
(2) Die Zulassungentscheidung im Abhilfeverfahren .	214
bb) Die Entscheidung des iudex ad quem über die Zulassung der Revision	217
(1) Darlegungspflicht und beschwerdegerichtlicher Zulassungsmaßstab	220
(a) Beschränkte Zulassungsprüfung allein anhand der ordnungsgemäß dargelegten Zulassungsgründe	220
(b) Ergebnisrichtigkeitsprüfung als Zulassungskontrolle von Amts wegen?	223
(c) Darlegungspflicht analog § 144 Abs. 4 VwGO? .	227
(d) Zwischenfazit	234
(2) Sachentscheidungskompetenzen im Beschwerdeverfahren	235
(a) Die Anhängigkeit der Hauptsache während des Beschwerdeverfahrens	236
(b) Sachentscheidungskompetenzen nach § 133 Abs. 6 VwGO	239
(c) Kassatorische Beschwerdeentscheidung und kassatorisches Revisionsurteil	242
(d) Kassatorische Beschwerdeentscheidung und reformatorische Ergebniskontrolle	244
(e) Zwischenfazit	248
(3) Schriftlichkeit des Beschwerdeverfahrens	249

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
cc) Zusammenfassung und Zwischenfazit	253
3. Nichtzulassung der Revision mangels Erfolgsaussichten und Verfahrenszwecke der Revision	255
a) Die Zwecke der Revision und ihre Verankerung im geltenden Recht	256
b) Nichtzulassung der Revision analog § 144 Abs. 4 VwGO und Parteiinteressen an der korrekten Entscheidung des Rechtsstreits	263
c) Nichtzulassung der Revision analog § 144 Abs. 4 VwGO und Allgemeininteressen an der Wahrung der Rechtseinheit	268
d) Zwischenfazit	275
V. Fazit zur prozessrechtlichen Untersuchung	276
 § 5 Verfassungsrechtliches Konfliktpotenzial einer Vorwegnahme der Revision im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren	 283
I. Die Rechtsweggarantie gegen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt, Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	284
1. Grundsätzliches zum Gewährleistungsgehalt	284
2. Anspruch auf Rechtsschutz gegen den Richterspruch?	288
3. Der vom Gesetzgeber vorgehaltene Rechtsmittelweg als „Rechtsweg“ i. S. d. Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	296
4. Verbot unzumutbarer, sachlich nicht gerechtfertigter Zugangserschwerungen zur nächsten Instanz	300
5. Anspruch auf Einhaltung der gesetzlich vorgesehenen Grundstruktur des Rechtsmittelsystems	305
6. Zwischenergebnis	313
II. Das Verbot des Entzugs des gesetzlichen Richters, Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	313
1. Grundsätzliches zum Gewährleistungsgehalt	313
2. Verfassungsrechtlich relevanter Richterentzug durch den Richterspruch nur bei justizieller Willkür	315
3. Erfolgsaussichten der Revision als willkürliches Zulassungskriterium?	320
4. Verfassungsrechtlich relevanter Zuständigkeitsverstoß durch Sachentscheidung des Beschwerdesenates?	323
a) Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG und die Begründung gerichtlicher Entscheidungszuständigkeiten durch richterliche Rechtsschöpfung	326
b) Die Verteilung der funktionellen Zuständigkeiten des Bundesverwaltungsgerichts zwischen Beschwerde- und Revisionssenat	333
5. Zwischenergebnis	341
III. Das Gebot der Rechtsmittelklarheit, Art. 20 Abs. 3 GG	342
1. Grundsätzliches zum Gewährleistungsgehalt	342
2. Erfolgsaussichten der Revision als außergesetzliches Zulassungskriterium	346

IV. Das Gebot der Rechtsmittelgleichheit, Art. 20 Abs. 3 i. V. m.	
Art. 3 Abs. 1 GG	348
1. Grundsätzliches zum Gewährleistungsgehalt	348
2. Revisionszulassung nach Maßgabe ihrer Erfolgsaussichten als verfahrensrechtliche Ungleichbehandlung	353
3. »Offensichtliche« Ergebnisrichtigkeit des Berufungsurteils als sachgerechtes Differenzierungskriterium?	356
4. Zwischenergebnis	360
V. Der Anspruch auf rechtliches Gehör vor Gericht,	
Art. 103 Abs. 1 GG	361
1. Grundsätzliches zum Gewährleistungsgehalt	361
2. Austausch der Entscheidungsgründe im Zulassungsverfahren und Anspruch auf rechtliches Gehör	364
VI. Die Instituts- und Funktionsgarantie der obersten Gerichtshöfe des Bundes, Art. 95 Abs. 1 GG	367
1. Grundsätzliches zum Gewährleistungsgehalt	367
2. Nichtzulassung der Revision mangels reformatorischer Erfolgs- aussichten und Rechtseinheitsaufgabe der Revisionsgerichte . .	370
VII. Fazit zur verfassungsrechtlichen Untersuchung	373
§ 6 Gesamtfazit und Schlussbetrachtungen	375
Schrifttumsverzeichnis	381
Sachregister	395